



Der Menschenrechtsbeirat
der Stadt Graz

Gutachten: Wahlkampfbeobachtung 2017

Sicherheit und Frieden

Von der ÖVP wird Sicherheit als wichtiger Faktor für Lebensqualität formuliert, die zu Hause, im öffentlichen Raum und im digitalen Raum bestehen soll. Die Sicherheitsarchitektur wird in mehreren Punkten zusammengefasst, die durch Stärkung der Behörden Deeskalation und Sicherheitsgefühl gewährleisten sollen. Ein klares Bekenntnis, bei Drogendelikten ohne Toleranz durchgreifen zu wollen und Straftaten nicht zu bagatellisieren, sowie die Beseitigung von Angsträumen, bessere Beleuchtung und vorausschauend die Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte bei künftigen Bauausschreibungen sind wichtige Bestandteile der ÖVP-Sicherheitsstrategie.

Die KPÖ hält fest, dass nur eine soziale Stadt eine sichere Stadt ist und fordert mehr geschulte Polizei statt privater Sicherheitsdienste, mehr Prävention statt Law-and-Order-Politik. Sie ist für kostenlosen Internetzugang für alle, zugleich gegen Vorratsdatenspeicherung und andere Überwachungsmaßnahmen. Das Friedensbüro soll unabhängig werden, ein klares Nein gibt es zu EU-Armee und zum Berufsheer.

Die FPÖ zählt den Anstieg von Straftaten auf (Einbrüche und Drogen), die v.a. von Ausländern begangen werden und verweist auf vorliegendes Zahlenmaterial. Die Bekämpfung des organisierten Verbrechens, von Terrorismus, „mafios organisiertem Bettelunwesen“, Schlepperwesen und radikal-islamistischen Personen sind wichtige Aspekte der freiheitlichen Sicherheitsvorhaben. Die FPÖ tritt ein für mehr Polizisten, Bettelverbot, Untersagung islamistischer Veranstaltungen, Abschiebung und Ausweisung aller Dschihadisten und Leuten, die mit ihnen Kontakt haben sowie schärfere Drogenstrafen.

Die Grünen postulieren als Beitrag zu Sicherheit und Frieden Fair-Play-Teams, in denen engagierte BürgerInnen, Polizei und SozialarbeiterInnen zusammenarbeiten.

Die SPÖ fordert, Sicherheitsmaßnahmen / -empfehlungen in die Planung von Radwegen, Gehwegen, Parks und Plätzen aufnehmen und bei Bauprojekten und Ausleuchtungen auf diesen Aspekt verstärkt zu achten.

Der Sicherheitsaspekt ist bei fast allen Parteien Thema, jene, die sich genauer dazu äußern, haben vor allem Kriminalität, Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und Exekutivorgane im Blick. Von den anderen werden auch teilweise den Sicherheitsmaßnahmen Fragen zum Verlust persönlicher Freiheit in den Raum gestellt. Die **FPÖ** verweist bei der Nennung von kriminellen Missständen vor allem auf AusländerInnen, die diese begehen würden, und liefert auch Zahlenmaterial. Die Formulierung des „mafios organisierten Bettelunwesens“ heizt die ohnehin emotionale Diskussion über das Bettelverbot an und unterstellt verallgemeinernd Mafia-Strukturen unter bettelnden Menschen. Die Formulierung ist allerdings so gewählt, dass ein gewisser Interpretationsspielraum bleibt, weshalb eine **gelbe Ampel vergeben wird. Alle anderen Parteien erhalten eine grüne Ampel.**

Graz, am 26.01.2017

MR-BEIRAT_AG_WKM 2017/KS/KS/25